

Politik



Für Studis stellt der Ausgang der Bundestagswahl den worst case dar: Das verdient Schelte.

Seite 2

Konsum



Die meisten KonsumentInnen von Nestlé-Produkten haben noch keine Zähne um sich zu wehren.

Seite 4

Hochschule



Statt arabisch zu lernen, bleiben Behörden lieber dumm und setzen auf die Rasterfahndung

Seite 3



<http://www.bo-alternativ.de>



Studium vom Geldbeutel abhängig Brisante Eurostudie

Nach Berichten der Deutschen Welle zeigt eine bisher unveröffentlichte europäische Studie deutliche Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft, staatlicher Förderung und dem Zugang zur Hochschule auf.

Erstmals wurden europaweit die sozialen und wirtschaftlichen Studienbedingungen in einer Sozialerhebung namens „Euro Student Report“ zusammengetragen. In Deutschland ist die Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) an der Erstellung der Studie beteiligt. Auf deren Homepage war das Erscheinen für März/April 2002 angekündigt, offenbar wird aber die Veröffentlichung bewusst zurückgehalten. Zu der Studie erklärt Christian Schneiderberg, Geschäftsführer des bundesweiten Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) - beim fzs: „Die Studie beweist einmal mehr, dass in Deutschland bei der Diskussion um das Studium und die Hochschulen das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt wird. Anstatt, dass mehr jungen Leuten der Weg zu einem Studium durch finanzielle Förderung geebnet wird, führt die Debatte um die Einführung von Studiengebühren, seien es so genannte Langzeitgebühren, Bildungsgutscheine oder Studienkonten, zwangsläufig zu einer weiteren Exklusion vor allem von sozial Schwächeren. Das Beispiel Österreich beweist deutlich,

dass die Diskussion völlig fehlgeleitet ist. Nach der Einführung der Studiengebühren sank die Zahl der StudentInnen um 19,7%. Auch die Zahl der Neuimmatrikulationen ist stark rückläufig. Im Wintersemester 2001/2002 haben sich 15% weniger StudentInnen an den Hochschulen eingeschrieben und im Sommersemester 2002 waren es sogar 17% weniger.“

Schlecht wie bei PISA

In der Studie schneidet Deutschland, vorsichtig gesagt, nicht besonders gut ab, während Finnland – ähnlich wie in der PISA-Studie – Spitzenplätze erlangt. So beginnen in Finnland mehr als zwei Drittel der Jugendlichen eine Hochschulausbildung, in Deutschland nur 31 Prozent. Auch sind ArbeiterInnenkinder in Finnland und Irland wie in allen acht untersuchten EU-Staaten zwar unterrepräsentiert, machen aber im Vergleich zum Bevölkerungsanteil einen wesentlich höheren Anteil aus als in Deutschland.

Bei der Studienfinanzierung, das ergibt die Studie, weist Deutschland erhebliche Mängel auf. Die letzte BAföG-Novelle hat zu einer leichten Verbesserung bei

würden geradezu gezwungen, wieder viel mehr das Auto für ihre Mobilitätszwecke zu benutzen. Zukünftig ist preiswertes Reisen mit der Bahn zwar im Einzelfall weiterhin möglich.

Will mensch jedoch die vollen Rabattstufen von 33% bei Buchungen drei Tage im Voraus oder 50% sieben Tage im Voraus nutzen, so wird schnell ersichtlich, wie einschränkend dieses wirkt. Einerseits sollen diese Tickets kontingentiert werden, d.h. mensch muss sie sich so schnell wie möglich besorgen. Andererseits soll mensch sich demgemäß auf genau einen Zug zu einer Uhrzeit an einem Tag festlegen, ebenso dann auch für die Rückfahrt. Und dies alles bei den realen Zuständen der Pünktlichkeit und Anschlussicherheit der Zugverbindungen!

Welcher und welche normalsterbliche KundIn der Bahn kann sich solcherart auf eine Bahnreise vorbereiten. Eine Beförderungsgarantie kann und will die Bahn nicht mal zu diesen Bedingungen übernehmen. Der Vorteil der relativen Flexibilität des Bahnreisens wird gänzlich abgeschafft, statt mit Sonderrabatten für verkehrs-

schwache Zeiten die Züge besser auszulasten, wird die BahnCard für alle schlechter gemacht.

Teure Bahn für Bochumer StudentInnen

Ein großer Teil der Studierenden an der Ruhr-Uni stammt aus den unmittelbaren an den VRR angrenzenden Regionen Münsterland, Ostwestfalen-Lippe, dem Märkischen Kreis und dem Hochsauerlandkreis, wobei die Entfernungen dorthin größtenteils unterhalb von 140 Kilometern liegen. Für diese Fälle werden sich die Heimfahrten spürbar verteuern, da die gestaffelten Frühbucherrabatte eben erst ab einer Entfernung von 110 km überhaupt angewendet werden können. Somit werden sogar bahnfahrende, fahrscheinbesitzende Studierende dazu gebracht, aus Kostengründen zukünftig ausschließlich per Auto unterwegs zu sein.

Daneben werden auch spontane Fernreisen sowie eine preisgünstige Mobilität für den großen und wichtigen KundInnenkreis der StudentInnen massiv beschränkt. Somit wird auch der vorgebliche Ansatz von Bund und Land, das Verkehrsgeschehen umweltfreundlicher zu gestalten, ad absurdum geführt. Was das für negative soziale Folgen für die EinwohnerInnen dieses Landes hinsichtlich der steigenden finanziellen Belastung bedeutet, kann nicht genügend betont werden, mensch muss sogar konstatieren, dass diese geplante Bahnpreisreform nicht nur in höchstem Maße umweltschädliche Folgen haben wird, sondern in höchstem Maße sozial ungerecht ist, weil sozusagen die Mobilitätsbedürfnisse der überwiegenden Masse von 95% aller Fahrgäste an den Interessen von 5% aller Fahrgäste orientiert werden sollen.

Das muss besser werden

Dem Angriff auf die Mobilität aller finanzschwachen Bevölkerungsgruppen stellten die Umweltgruppen deshalb eine Reihe von Forderungen entgegen. Sie erwarten „jetzt und hier dem Beispiel unseres Nachbarlandes Schweiz zu folgen und einen vollwertigen Halbprißpass einzuführen, der mittelfristig für alle Verkehrsmittel im Umweltverbund und für alle Angebote Gültigkeit hat“, also eine Aufwertung der BahnCard.

Gerechte Preisstruktur gefordert

Auch weiterhin soll eine „lineare“ Preisstruktur verfolgt werden statt die Fernverbindungen auf Kosten des Nahverkehrs billiger zu machen, in dem der Kilometerpreis über 150 km immer geringer wird.

Da die DB AG, obwohl in 100 %-Staatsbesitz befindlich, immer stärker nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wird, fordert das BÖT, die Verkehrspolitik des Bundes und der Länder auf, ihren grundgesetzlichen Verpflichtungen, dem Allgemeinwohl auch bei Verkehrs- und Mobilitätsangeboten im Schienennetz Rechnung zu tragen, endlich nachzukommen.

Vorgaben der Verkehrspolitik gefordert

Der verfehlten Konzernpolitik kann nach Auffassungen der studentischen Umweltgruppen nur Einhalt geboten werden, wenn die Verkehrspolitik klare Vorgaben macht. Das müsste durch eine Vereinheitlichung der Preise und die Einführung von einheitlichen Standards in den Regionen geschehen.

Peer Wollnik,
AStA-Referent für Ökologie

... Fortsetzung auf Seite 3



Studentische Umweltgruppen kritisieren Bahnpreisreform Neue komplizierte Bahnpreise

Rotgrün in schwarz

Thüringen will nach Aussage des Ministerrädis-ten Bernhard Vogel (CDU) Gebühren für Langzeit-StudentInnen einführen
Sie sollen eine Semestergebühr von 500 Euro zahlen. Trotz dieses verglichen mit den rotgrünen Gebühren in NRW dumpingmässig niedrigen Prei- sen rechnet Thüringen dadurch mit Einnahmen von 1,5 Millionen Euro, die den Hochschulen zugute kommen sollen. Zahlen müssen Bummel- studis, die die Regelstudienzeit um vier Semester überschreiten. Die Regelung soll zusammen mit dem Landeshaushalt noch in diesem Jahr beschlos- sen werden.

Under attac

In Zusammenhang mit der Großdemonstration der Gewerkschaftsjugend und der globalisierungs- kritischen Organisation attac vom 14.09. diesen Jahres erheben linke Aktivisten schwere Vorwürfe gegen attac. So seien etwa dem DJ auf dem Laut- sprecherwagen des antikapitalistischen Blocks von attac-Ordern ohne jeden Vorlauf Schläge angedroht worden, nicht ohne ihn dabei als Faschisten zu beschimpfen. Grund für die Äußer- lungen: Die AntikapitalistInnen sollten die Musik lei- sten. Weitere Vorwürfe richteten sich gegen die attac-Mitgliedsorganisation Linksruck: Ehemalige Mitglieder berichteten von sexistischen Übergrif- fen im Büro der Linksruck-Zentrale.
Harmlos nimmt sich da die Kritik an der Route der Demonstration in Köln aus, die sich kilometerlang fern jeder Öffentlichkeit bewegte: „Schliesslich zog die Schafherde dann auf der schwachsinnigsten Demoroute der Welt aus der Stadt raus, entlang von Friedhöfen, Gewerbegebie- ten und Einfamilienhäusern in den Wald, Bäume agitieren. Diese zeigten sich auch sehr erfreut und regten fleissig die Äste in die Luft. Attac hat 40.000 Bäume als Mitglieder gewonnen.“

5. Oktober: Naziauf- marsch in Wuppertal verhindern!

Am 5. Oktober wollen die Wuppertaler Neonazis um den Nazi-Schläger Maik Hilgert erneut durch Wuppertal marschieren. Unter dem Motto „Mei- nungsfreiheit auch für sogenannte Neonazis“ haben sie für 11 Uhr eine Demonstration mit dem Sammlungspunkt Barmer Bahnhof durch Wupper- tal Barmen bei der Polizei angemeldet.
Das Bündnis „Wuppertal stellt sich quer“ ruft alle auf, sich dieser Provokation in den Weg zu stellen. „Für uns sind Faschismus und Antisemitis- mus keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir wollen nicht zulassen, das die Nazis um Maik Hil- gert, Thorsten Craemer und Axel Hellmann, die in der Vergangenheit verantwortlich war für den brutalen Überfall auf TeilnehmerInnen einer Gedenk- feier am KZ Mahmal Kemma, für antisemitische Schmierereien an dem Neubau der jüdischen Syna- goge und für den Menschenleben verachtenden Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Wich- linghausen, durch Wuppertal marschieren.“ Heisst es in dem Aufruf des Bündnisses.
Treffpunkt ist 9.30 Uhr Barmer Bahnhof, weitere Informationen unter www.wuppertal- dichtmachen.de

Globalisierungskritik für Studis

In Florenz findet vom 06.-10.11.02 das europä- ische Sozialforum (esf) als europäische Ableger des Weltsozialforum (wsf) statt. Unterstützt wird das esf von vielen Nichtregierungsorganisationen, einzelnen Parteien, Gewerkschaften und anderen Bündnissen. Diese Breite spiegelt sich in einem zahlreichen Angebot von Workshops, Seminaren und Vorträgen wider. Es wird die drei große Leitthemen „Neoliberalismus und Globalisierung“, „Krieg und Frieden“ und „Menschen- und Bür- gerInnenrechte / Staatsangehörigkeit / Demokra- tie“ geben. „Damit hat sich das esf zum Ziel gesetzt als offenes Plenum den oppositionellen Bewegungen eine Plattform zum Austausch, Dis- kussion und zur Vernetzung anzubieten“ heisst es in einem Ankündigungstext.
Für die Studis wird besonders der Themen- komplex GATS und den damit verbundenen Ände- rungen im Bildungswesen interessant sein. Diese Bildungssache läuft unter den Titeln, „Kommer- zialisierung der Bildung – von der Privatisierung zum GATS“, „Bildung und lebenslanges Lernen, Wissen“ und „StaatsbürgerInnenmacht: Grund- lage für eine demokratische Entwicklung“ und „Europäische Bildungsproteste und Kampagnen“.

Die Anmeldung erfolgt über die internationale Webseite www.fse-esf.org, die Teilnahme- gebühr beläuft sich auf 10 Euro. Wer für rund 80 Euro von Bochum aus mit dem Bus mitfahren will maile an Ole Erdmann (ole@education-is-not-for-sale.org) an.

Baut die Mauer wieder auf Und diesmal den Deckel nicht vergessen

Welch eine Niederlage! Statt den regierenden Parteien der Heuchler „nen ordentlichen Watschen zu ver- passen, rennen die wählenden Massen wie besessen zu den Grünen. Die Haltung „Rette sich wer kann“ ist zwar angesichts der dro- henden bajawarischen Konterrevolution ein verständlicher Reflex; aber genau die Polit- kader zu unterstützen, welche die Politik aus den Köpfen vertreiben, erinnert fatal an Adenauers „Keine Experimente“: Die Sintflut wird schon nicht an der eigenen Haustür vorbei kommen.

Strafe und ganz viel Haue hätten die Rotgrü- nen verdient. Statt dessen machen sie jetzt ungebremst weiter mit der Demontage sozi- aler Grundsicherungen, grün-menscheinder Deportation von Flüchtlingen, allgemeiner Entsolidarisierung, Einführung von Studien- gebühren und der Planung und Vorbereitung diverser Angriffskriege. Da muss man Schrö- der schon ernst nehmen und fragen, wer das Objekt des Satzes „Wir schaffen das!“ wirklich ist.

Indem „der Wähler“ die PDS rechts liegen

ließ, ist die Chance auf eine parlamentari- sche Opposition vollständig verbaut. Als Stachel in Schröders makellosem Zahnfleisch hätte sie ihm einige Bröckchen schwerer ver- daubar gemacht. Schade um Ulla Jelpke, die den Regierungshaufen erfolgreich mit klei- nen Anfragen quälte und Informationen aus dem Zentrum des Berliner Regimes heraus- presste. Schade um Winfried Wolf, der sich an jedem Detail der Kriegsökonomie festbiss und weit mehr an Aufklärung lieferte als alle grünen Abgeordneten im Bundestag zusam- men. (Vielleicht durften diese auch nicht ohne Befehl ihrer politischen Führer auf- klärerisch tätig werden.) Und wer erinnert sich noch an die Zeiten, als weiland der US- Präsident von diesen beiden zusammen mit Heidi Lippmann im Bundestag den maxi- malen Protest um die Ohren bekam, der im parlamentarischen Rahmen möglich war. Dass sich PDS-Fraktionschef Claus Bräutigam bei Mister Bush entschuldigte, gehört eben zu den Schattenseiten eines verkommenen Polit-Charakters, ändert aber nichts an der Tatsache, dass zumindest noch einzelne Per- sonen tatsächlich eine Opposition bilden konnten.

Wer glaubt, mit der neuen alten Regie- rung zieht zumindest eine eher kriegsableh- nende Haltung in der Politik ein, belügt sich selbst: Der aktuelle Krieg gegen den Irak wird wahrscheinlich nicht mit deutscher Betei- ligung ablaufen, aber dank des neuen „deut- schen Weges“, kann schon der nächste von Struck, Schröder und Fischer befohlen umso mehr von der Bundeswehrmacht geführt werden. Dank Rotgrün ist D'land außenpoli- tisch wieder vollständig souverän. Prost, prost, meine Herren!

Kurzum: Trüb wird's in Berlin, kein Licht- schimmer weit und breit. Die Deutschen haben ihre Wahl getroffen. Jetzt sollen sie auch ohne zu Meckern den Rotz auslöfeln, den sie bestellt haben. Sie haben es sich rei- chlich verdient. Wer jetzt auswandert, kann Deutschland wahrscheinlich nicht entgehen, es sei denn NATO oder UNO bauen die Mauer wieder auf, und wie schon die Dichter Wiglaf Droste und Gerhard Henschel sagten: Diesmal ganz drumrum – und den Deckel nicht verges- sen.

Jörch Schönewerk

StudentInnenvertretungen gegen F.D.P. „Möllemann fischt Stimmen am rechten Rand“

Für Aufregung auch an der Ruhr-Uni- versität sorgte eine Postwurfsendung der FDP, die an mehreren Tagen groß- flächig in Bochumer Studierendenwohnhei- men gefunden wurde. „Es haben sich mehrere Studierende bei uns gemeldet, die über die antisemitische Aussage der Broschüre mit dem Titel Klartext. Mut. Möllemann. empört waren“, so der AStA-Vorsitzende Rolf van Raden.

Auch der AStA hält die Faltblätter für extrem bedenklich: Dort erscheint Michel Friedmann als Stellvertreter des israelischen Ministerprä- sidenten. Natürlich darf ein Davidstern auf dem Foto nicht fehlen, genauso wenig wie der Vorwurf der Kriegstreiberei. Über all dem schwebt ein Foto von Jürgen W. Möllemann, der sich angeblich beharrlich für den Frieden einsetzt. „Das weckt in der Tat antisemitische Assoziationen“, so der AStA-Vorsitzende Rolf van Raden. Wer antisemitischen Vorstellungen anhängt, werde das Faltblatt genau so verstehen.

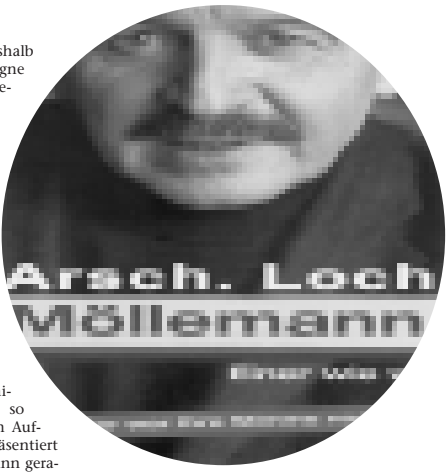
Gift für die Stimmung an der Uni

„Klar, das ist Futter für Antisemiten, die fühlen sich dadurch bestätigt. Da wird in unglaubi- cher Weise am rechten Rand nach Stimmen gefischt“, sagte van Raden. „Wenn die FDP in der Umgebung der Universität mit antise- mitischen Stimmungen Wahlkampf macht, dann hat das natürlich eine Auswirkung auf

das Klima an der Universität. Deshalb werden wir uns dieser FDP-Kampagne genauso entgegenstellen wie Werbe- aktionen von rechtsextremen stu- dentischen Verbindungen“, so der AStA-Vorsitzende weiter.

Appell an den Bodensatz

Auch in den Kreisen der bun- desweiten studentischen Vertretungen schlugen die jüngsten Attacken Jürgen Möllemanns Wellen bis hin zum freien zusam- menschluss von studentInnen- schaften (fzs), dem Dachverband der Asten in Deutschland: „Mit den in NRW verteilten Faltblättern appelliert Möllemann erneut an den antisemi- tischen Bodensatz in Deutschland“, so Lars Schewe vom fzs-Vorstand. Nach Auf- fassung der verärgerten Studenten präsentiert der umstrittene Flyer Michel Friedmann gera- dez als deutschen Statthalter des israeli- schen Ministerpräsidenten. Dieser wiederum werde mit einem Davidstern als Repräsentant eines jüdischen Staates kenntlich gemacht. „Die jüdische Weltverschwörung in Aktion und Möllemann als ach so mutiger Streiter dagegen, genau so versteht ein Antisemit das“ ist man bei der bundesweiten Studenten- vertretung überzeugt und befürchtet, Anti- semiten könnten sich durch die NRW-FDP



in ihrem Wahn bestätigt finden. „Man fragt sich wirklich, wozu hierzulande noch Antisemitismusforschung betrie- ben wird, wenn die Forschungser- gebnisse selbst Spitzenpolitiker nicht interessieren“, so Schewe.

geka

Workshop des AK Europäische Hochschulpolitik „Studentische Sozialpolitik aus europäischer Perspektive“

Übernationale Institutionen gewinnen auch im Bereich der Hochschulpolitik und ihrer Kranzbereiche immer mehr an Bedeutung; und auch eine Sozialpolitik der StudentInnenenschaften lässt sich wohl kaum noch ohne Beachtung dieser Ebenen in Angriff nehmen.

Um die vergleichende Europäische Sozialerhe- bung „Euro Student 2000“ auszuwerten und Schlüsse daraus zu ziehen, lädt der bun- desweite studentische Dachverband fzs „alle, die an Sozialpolitik und europäischer Hoch- schulpolitik interessiert oder in Fachschaften und Asten mit Sozialpolitik befasst sind vom 3.-6.10.02 nach Bonn zu einem Workshop. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Wei-

tere Themen sollen studentische Selbstbestim- mung der Abbau sozialer Mobilitätshürden in Europa sein: „Welche Gesichtspunkte sind aus sozialpolitischer Perspektive entscheidend für studentische Mobilität? Welche sozialen Hürden bestehen für Mobilität? Wie lassen sich diese Hürden beseitigen? Wie viel Mobilität ist aus studentischer Perspektive wünschens- wert, wie sieht es mit einem ‚Mobilitätswang‘ aus?“, diesen Fragen soll dabei nachgegangen werden.

Auf Europa-Ebene aktiv

Daneben soll es auch darum gehen, einen Arbeitsplan für den AK Sozialpolitik des euro- päischen studentischen Dachverbandes ESIB

zu entwerfen, dem der fzs derzeit vorsitzt. In diesem Zusammenhang sollen auch die anstehende Mitgliederversammlung von ESIB sowie die vorliegenden Positionspapiere diskutiert werden.

Termin: 3.-6.10.02. Beginn: 3.10. 15 Uhr; Ende: 6.10. 14 Uhr Ort: Bonn JGH Venusberg

Weitere Infos unter www.fzs-online.org. Anmeldungen bitte an: fzs@studis.de Rückfragen an Heiner: 0177-2378453

RUB-ASTa hakt nach bei Rasterfahndung – Behörden schaffen neue Fakten Neue Rasterfahndung



bsztermine

Erfolge haben die Innenbehörden nach einem Jahr Rasterfahndung in den Dateien von Hochschulen und anderen Behörden nicht vorzuweisen; weitergemacht wird trotzdem. Wie am 13. September 2002 durch eine Mitteilung des Hessischen Innenministeriums bekannt wurde, wurde an den folgenden Tagen erneut eine Rasterfahndung in den Studierenden-dateien der Hessischen Hochschulen durchgeführt. Der Bochumer ASTa fordert indessen die Versprechungen ein, welche die Rektoren von RUB und Evangelischer FH im letzten Jahr gemacht hatten.

Bereits Ende letzten Jahres hatte das Hessische Landeskriminalamt begonnen, die Dateien der Hochschulen nach sog. „islamistischen Terroristen“ bzw. „Schläfern“ zu durchsuchen, bis das Landgericht Wiesbaden und das Oberlandesgericht Frankfurt die Rechtswidrigkeit der Rasterfahndung feststellten und eine Löschung der Daten anordneten. Kein Problem für die Regierung, sie ließ sich Ende August vom Hessischen Landtag einfach ein neues Gesetz machen.

Mit einem Schreiben an die Präsidentinnen und Präsidenten der hessischen Hochschulen, die Datenschutzbeauftragten der hessischen Hochschulen, sowie den hessischen Datenschutzbeauftragten fordert der ASTa der Justus-Liebig-Universität Gießen eine rechtliche Prüfung der neuen gesetzlichen Bestimmungen, bevor Datensätze Studierender herausgegeben werden. Bereits bei der ersten Anordnung zur Datenherausgabe hatte der ASTa eine Klage eines betroffenen Studenten der Gießener Uni unterstützt.

Grundsätzlich kritisiert der ASTa, mit der Rasterfahndung würden alle ausländischen Studierenden kriminalisiert, was rassistische Ressentiments schüre. In dem Schreiben des ASTa der JLU an die hessischen Hochschulleitungen und deren Datenschutzbeauftragte heißt es weiter: „Besonders im Interesse der ausländischen Studierenden möchten wir Sie auffordern, ggf. zu überprüfen, ob es möglich ist, gegen diese Neuordnung der Rasterfahndung Rechtsmittel einzulegen.“

ASTa aktiv für Datenschutz

Tjark Sauer, Referent für Demokratie und Grundrechte an der Gießener Universität, erklärt zum weiteren Vorgehen: „Der ASTa der Justus-Liebig-Universität wird aus oben genannten Gründen sowohl Verfassungsbeschwerden einlegen, als auch betroffene Gießener Studierende unterstützen, die Klage beim Staatsgerichtshof und dem Wiesbadener Verwaltungsgericht einreichen wollen. Per Eilanträgen versuchen wir, die erneute Rasterfahndung sofort zu unterbinden!“

Schleichender Übergang zum Polizeistaat

Der ASTa der erinnert zur weiteren Begründung seiner Maßnahmen an eine Stellungnahme

... Fortsetzung von Seite 1

Gebührenverbot notwendig

Kein Vertrauen in Parteien.

Wahlkampf: Ministerium hielt Studie zurück

Für das ABS zieht Christian Schneijderberg Bilanz: „Es bleibt dabei: Wenn wir mehr Menschen den Zugang zur Bildung ermöglichen wollen und die Reproduktion sozialer Unterschiede durch das Bildungssystem aufhalten wollen, brauchen wir ein bundesweites Verbot von Studiengebühren, eine umfassende Reform der Studienfinanzierung und eine deutlich bessere finanzielle und personelle Ausstattung des gesamten Bildungssystems. In NRW und im Bund haben SPD und Grüne ihre Wahlversprechen nicht eingehalten, die ein erster Schritt in die richtige Richtung hätten sein können, während CDU und FDP den Sozialkassenschlag der Kohl- und Schröder-Regierung nur mit einer anderen Mannschaft fortführen wollen. Nicht nur Studentinnen und Studenten erfahren wieder mal am eigenen Leib, dass sie in Parteien keine Hoffnung und erst recht kein Vertrauen setzen können.“

der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Prof. Limbach, die in ihren Ausführungen zur Rasterfahndung klar die Notwendigkeit einer Abwägung zwischen Gefahrenabwehrmaßnahmen und grundrechtlichen Eingriffen zu bedenken gibt und die Sinnhaftigkeit der Rasterfahndung als Terrorismusbekämpfungsmaßnahme anzweifelt: „Vor allem muss eines bedacht werden: Der Grenzverlauf zwischen dem Rechts- und dem Präventionsstaat lässt sich nicht eindeutig markieren. Es gibt allemal Grauzonen und schleichende Übergänge zum Polizeistaat, die zu steter Wachsamkeit herausfordern. Eine demokratische politische Kultur lebt von der Meinungsfreiheit und dem Engagement der Bürger. Das setzt Furchtlosigkeit voraus. Diese dürfte allmählich verloren gehen, wenn der Staat seine Bürger biometrisch vermisst, datenmäßig durchrastet und seine Lebensregungen elektronisch verfolgt.“

Rasterfahndung in Bochum

Vor einem Jahr übergab die Bochumer Universitätsleitung trotz des Protestes der StudentInnenenschaft die personenbezogenen Daten aller männlichen Studenten der Jahrgänge 1960 bis 1983 an die Abteilung Staatschutz der Polizei Bochum. Die Daten sollten für die Rasterfahndung im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September 2001 benutzt werden. Schon damals vertrat der ASTa die Auffassung, dass die Rasterfahndung ein unverhältnismäßiges Mittel ist und dass durch ihre rassistischen Kriterien eine Gruppe von Studentinnen unter Generalverdacht gestellt wird. Der ASTa forderte damals das

Rektorat auf, keine Daten für die Rasterfahndung zur Verfügung zu stellen, da er das Vorgehen der Polizei für nicht mit geltendem Recht vereinbar hielt. Ohne Erfolg – RUB-Rektor Petzina rechtfertigte die Beteiligung an der Rasterfahndung gar als „rechtliche und moralische Verpflichtung“.

ASTa bekam Recht

Im Februar dieses Jahres entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf letztinstanzlich, dass die Erhebung der Daten aller männlichen Studis aus den Jahrgängen 1960 bis 1983 unverhältnismäßig und damit rechtswidrig war. Die Übermittlung der Daten habe „gegen das Übermaßverbot“ verstossen. Bereits am 11. Februar rief der ASTa Rektor Petzina zu einer erneuten Stellungnahme bezüglich der Beteiligung an der rechtswidrigen Rasterfahndung auf. Diese steht bis heute aus.

In einem offenen Brief forderte der ASTa nun die Versprechungen ein, mit denen Rektor

Petzina damals versuchte, der StudentInnenvertretung die Rasterfahndung schmackhaft zu machen.

So hatte Petzina sowohl in einer Podiumsdiskussion am 25. Oktober 2001 gemeinsam mit dem Rektor der Evangelischen Fachhochschule Bochum als auch in etlichen Gesprächen mit ASTa-VertreterInnen zugesichert, dass sich die Universitätsleitung ihrer Verantwortung für den Schutz der Daten der StudentInnen bewusst sei und sie sich regelmäßig über den Verbleib der von ihr übergebenen Daten informieren werde. Außerdem sei es für das Rektorat selbstverständlich, dass die Daten von der Polizei im Anschluss an die Ermittlungen vernichtet würden. Einen Bericht über den Verbleib der Daten hat das Rektorat bis heute, ein halbes Jahr, nachdem die Erhebung der Daten gerichtlich für rechtswidrig erklärt wurde, nicht veröffentlicht.

Was sagt der Rektor

„Wie beurteilen Sie im nachhinein Ihre Mitwirkung an der für unrechtmäßig erklärten Datenerhebung? Gilt weiterhin Ihre Stellungnahme, die Datenübergabe sei eine „rechtliche und moralische Verpflichtung“ gewesen?“ fragt Rolf van Raden als ASTa-Vorsitzender den Rektor in besagtem offenen Brief. Und weiter: „Was ist mit den von Ihnen an die Polizei übergebenen Daten geschehen? Wurden inzwischen alle Daten, nachdem die Erhebung für unrechtmäßig erklärt wurde, vernichtet? Wenn ja, wann ist dies geschehen? Wie wurde es dokumentiert?“

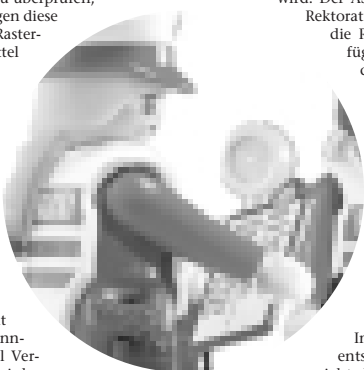
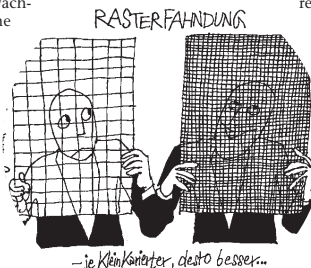
Für den Fall, dass die Daten nicht vernichtet worden sein sollten, fragt van Raden: „Wie verhalten Sie sich als Rektor der Ruhr-Universität dazu? Wie beurteilen Sie dies rechtlich und politisch? Welche Schritte werden Sie einleiten, damit die Daten gelöscht werden?“

Fragen für die Zukunft

Auch in die Zukunft gerichtet legt der ASTa den Finger in die Wunde: „Wie wird die Universitätsleitung dafür Sorge tragen, dass derartige datenschutzrechtliche Fehleinschätzungen nicht wieder vorkommen? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die von der StudentInnenvertretung regelmäßig kritisierte Tatsache, dass es seit Jahren keineN DatenschutzbeauftragteN an der Ruhr-Universität gibt? Wie wird das Rektorat diesem Zustand Abhilfe schaffen? Stimmt es, dass es Überlegungen in der Universitätsleitung gibt, die Stelle der/des Datenschutzbeauftragten nicht wieder zu besetzen, sondern die Aufgaben per Outsourcing an ein externes, kommerzielles Unternehmen zu vergeben? Wie wäre ein solches Vorgehen zu rechtfertigen? Wäre es mit geltendem Recht vereinbar?“

Eine Antwort wurde von der Unileitung postwendend in Aussicht gestellt.

geka



Freitag, 04. Oktober

Shirley Anne Hofmann (Neuchâtel/CH)

Das Einfräorchester aus der Schweiz kommt außer der Reihe nach Bochum – Musik zum Zuhören. Veranstaltung von Radio Bonte Koe, AK: 6 Euro

20 Uhr, Wageni (gegenüber Bhf. Langendreer)

Die Rolle der Frauen im heutigen Chile

Infoveranstaltung
20 Uhr Bhf. Langendreer (Raum 6)

Disco: Gender Terror

Schwulesbische Disco
20 Uhr, AZ Mülheim, Mülheim an der Ruhr

Samstag, 05. Oktober

Beats against fascism

die Kafkas, Psycho Gambola, Slup, Den Umständen Entsprechend. Außerdem: Diavortrag – Militant Neonazis in NRW
ab 15 Uhr, JZ Heisterkamp, Herne

Wuppertal stellt sich quer! Teil 2 Naziaufmarsch verhindern!

Es wird aufgerufen sich frühzeitig am Sammlungsplatz der Nazis zu treffen. Bahnhof besetzen, Naziaufmarsch verhindern!
9.30 Uhr, Barmer Bahnhof, Wuppertal

Aufklärung – Völkerrecht – neue USA-Weltordnung

Seminar mit Prof. Dr. Reinhard Kühnl (Institut für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg)
Für Kaffee und Kuchen wird um einen Kostenbeitrag von 2,50 Euro gebeten.
14 Uhr, Auslandsgesellschaft NW e. V. Dortmund Steinstr. 48

Sonntag, 06. Oktober

Pridigarji Ska-Punk aus Ormoz/SLO

Schneller Skapunk von den „Predigern“
20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Halle

Montag, 07. Oktober

Butterfly Burning

Konzertlesung: Yvonne Vera & Günter „Baby“ Sommer
20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Mittwoch, 09. Oktober

„Abschied vom falschen Paradies“, BRD 1989, Regie: Tervik Baser

Videofilmreihe „Geschichte Ihr Recht - Frauen und Justiz“:
19 Uhr, Archiv ausZeiten, Josephinenstr. 71, Bochum

Kommunalfinanzen I

Das Desaster der kommunalen Finanzen - Mit Dr. Gerald Munier, Chefredakteur der Zeitschrift „AKP“ - Alternative Kommunalpolitik
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Rechtsrutsch in den Niederlanden?

Unabhängige niederländische AntifaschistInnen von der Gruppe KAFKA werden auf der Veranstaltung versuchen, die aktuelle Situation darzustellen und zu erläutern.
20 Uhr, Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Freitag, 11. Oktober

Nordengland: Durch Thatcher verwüstet... von Blair's New Labour alleingelassen... bald von Nazis beherrscht?

Graeme Atkinson, antifaschistischer Journalist und Gewerkschafter, Europakorrespondent der englischen antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight“ referiert über die Lage in Nordengland, über die neonazistische Offensive und antifaschistische Gegenwehr.
20 Uhr, Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

geka



Rezenion: Generation Ally

Die Einsamkeit des Seidenpyjamas

Artikuliert sich eine Person als Vertreterin einer Generation, so tut sie dies zumeist, um sich von anderen abzugrenzen und um Unbehagen am status quo zu formulieren.

Die „Generation Ally“ besteht aus den „Töchter[n] der Emanzipation“. Sie ist „nicht wirklich glücklich“, klagt über „versagte Erfüllungsgefühle“, „Zweifel an der eigenen Biographie“, „Angst vor der Zukunft“, über „die Ungerechtigkeit“, „die Angst“ und „die Sorge“. Soweit die Einleitung. Damit hat Kullmann alles gesagt und man könnte das Buch weglassen – aber dann wäre man um das gebracht, wozu Generationen-Konstruktionen da sind: eine Identität aufzubauen, ähnlich empfindende Menschen um ein Nichts zu versammeln; – und um von dem „System“ nicht mehr reden zu müssen, von dem Kullmann vermutet „dass es da irgendwo einen Fehler“ gebe.

Die kalkulierte Skepsis und die wohl-dosierte Frustration werden kurz gehalten und gepflegt; eine kritische Theorie der Gesellschaft würde sie erst richtig entfalten und der Autorin über den Kopf wachsen lassen. Aber dies zu verhindern und um eine Gemeinschaft sich gegenseitig selbstbestätigender Alles-durchschauer und abgeklärter Mundmacher, die es so genau gar nicht wissen wollen, zu schaffen, werden Bücher wie dieses geschrieben. So liest man sich also durch ca. 200 Seiten Frauenzeitschriften-besinnungsaufsatz über die „Einsamkeit der postmodernen Frau vor der Familiengründung“, denn sonst wäre man um die einzelnen Kapitel einleitenden Zitate aus Ally McBeal gebracht und um das dropping von SängerInnen-, Gruppen-, Film-, Serien-, SchauspielerInnen-, Kleidungs- und Wohnungseinrichtungsmarkennamen, das seit B.E. Ellis Pflicht ist. Stellen jüngere Menschen die Frage nach ihrer Generation, dann schreiben sie über die Wirklichkeit (oder das, was sie dafür halten), um derselben zu entgehen, und anstatt diese auf ihren Begriff

zu bringen, zählen sie sie enzyklopädisch auf.

Was für eine Generation ist dies? Gemeint sind Frauen der Jahrgänge 1965-75, aus der Mittelschicht vom Gymnasium durchs geisteswissenschaftliche Studium gegliedert, stets fleißig und um frühzeitigen Einstieg ins Berufsleben, um viele kleine Qualifikationen über Praktika, Volontariate etc. bemüht, die nun in Werbeagenturen, Verlagen, Sendern usw. sitzen, an denen sie nur stört, dass sie nicht soviel verdienen wie der männliche ehemalige Studienkollege, der schon damals in der Arbeitsgruppe von ihnen abschrieb. Dass Geld und Job nicht alles sein könnte, ahnt Kullmann, aber Leistung soll sich lohnen! Sie weiß, was sie wert ist, wenn auch nur als „akademisches Proletariat“, „für die freie Wirtschaft möglichst reibungslos verwertbar“, aber solches Selbstbewusstsein betätigt sich nur in Selbstverdingung und Rücksichtslosigkeit. Für sie „steht außer Frage, dass wir uns nehmen würden, was wir wollten“ dass sie „wie in fast allen Lebensbereichen, das Optimum herausfinden“ und „am liebsten über alles bestimmen“ wollten. Sie verdienen gut, haben keinen richtigen Freund, nicht den gewünschten Sex, verspüren aber gleichzeitig eine innere „Rebellion wider den Flirtline-Extreme-Orgasmuskick-Erotikmessen-Terror“ und reklamieren dagegen blind sehnsüchtig die „echte Liebe“, ohne zu wissen, was das denn wäre. Sie sehen, wissen, kennen und können alles, auch ihre Verstrickung und ihren Selbstbetrug, und sie begreifen nichts. „Die Schmach unerträglich machen, indem man sie publiziert“, wie Marx meinte, das klappt nicht mehr. Hier wird der eigene Jammer so oft repetiert, bis der Stachel stumpf ist, bis man auch diese Zumutung hinnehmen kann. Und auch das wissen sie noch, denn „wir amüsieren uns, denn anders als mit (Selbst-)Ironie ist dieser Zustand ja nicht auszuhalten, meinen wir“.

So schreiben die Generationen ständig über sich selbst, und sie meinen, sie sagten dabei irgendwas Wahres. Sie sind so gründlich illusionslos, dass sie vor einem politischen Bewusstsein zurückschrecken und damit fangen sie sich immer wieder selber auf. „Ausichtslos“ erscheint „der Kampf für eine bessere Welt“, aber Bewunderung hegt man für

die kleinen Geschwister, die GlobalisierungsgegnerInnen. Dass ja doch alles Lüge sei, sehen sie an den 68ern, die sie wie alle aus den falschen Gründen hassen, denen sie vorwerfen, worüber man lieber froh sein sollte: dass jene ihre Träume eines autoritären Volksstaatsozialismus gegen eine Karriere in der bürgerlichen Gesellschaft eintauschten. Sie sind ‚schonungslos‘, wenn sie über sich selber reden, v.a. aber gegen die, die sie nicht leiden mögen. Bei Kullmann ist dies der „Mainstream“, der ihr die Trends (Caipirinha, Kuhfellbettwäsche) kaputt macht, indem er sie absorbiert; v.a. aber „Ramona“, Kullmanns Spiegelobjekt: das Mädchen aus der Unterschicht, das trotzdem aufs Gymnasium ging, früher als andere sekundäre Geschlechtsmerkmale ausbildete und die Jungs früher an jene ranließ als Kullmann und ihre Freundinnen, vielleicht also etwas von dem hatte, was Kullmann einfalllos als „wahres Leben“ vermisst, – dafür aber mit früher Schwangerschaft, Alleinerziehendenexistenz und Sozialamtstropf „ihre Strafe bereits erhalten“ habe.

Die ‚schonungslose‘ Bestandsaufnahme des unbefriedigenden Lebens, die Selbstdistanzierung, dient als Selbstschutz, als laufende rasende Bestätigung, dass man immerhin habe, was man hat, und steht stets auf der Kippe zur Selbstromantisierung. Dieser Generation dient Kullmann, der sie „schmeichelt“, indem sie „ihr vom Aufstehen bis zum Zubettgehen den Spiegel weniger vorhält als nachträgt“ (W. Benjamin). Die Generation nimmt das Angebot gerne wahr, erkennt sich, verspürt kein Grauen vor dem Bild, sondern macht sich zurecht. Sie fühlt sich betrogen und zu Höherem berufen – und muss gestoppt werden, wenn sie sich erheben sollte.

fake

Katja Kullmann: Generation Ally. Warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein. Frankfurt/M: Eichborn, 2002. ca. 210 Seiten, Euro 16,90

:bszkonsumterror

Nestlé die Erste

Ganz in der Tradition der deutschen Linken und der kommunistischen Internationale gibt sich auch diese Publikation nicht damit zufrieden, politisch meinungsbildend zu sein. Nein, die Indoktrination soll auf mehr oder weniger subtilen Wege total sein. Deshalb wird jetzt auch der Konsumterror der Firma (oder sollte man sagen des multinationalen Großkonzerns) Nestlé in großem Detail über drei Ausgaben verteilt enthüllt, damit am Ende jedeR, aus auch wirklich jedeR, aus voller Überzeugung sagen kann: Nestlé kaufen, das ist schlimmer, als kleinen Kindern bei lebendigem Leibe die Haut abzuziehen.

Beginnen wir also mit Teil 1 der schon seit Jahrzehnten laufenden „Boykott Nestlé“-Kampagne, diesmal in neuem, deutschen Gewand. So kurz nach der Wahl wird es, wie sollte es nach der Wahlniederlage der „Liberalen“ auch anders sein, alle Studierenden verblüffen zu hören, dass eine ja doch schon lange existierende Schokoriegel-Marke sich in ihrer Werbung so sehr an den Rechtspopulismus der FDP annähert. Welche Zielgruppe, fragen sich intelligente LeserInnen, soll hier denn angesprochen werden? Wir? Sicher nicht. Denn müssen wir uns wirklich hinreißen lassen, mit fetten Schokobalken (oder vielleicht doch Schusswaffen) auf mit Akzent sprechende „AusländerInnen“ zuzugehen? Und müssen wir, die es nicht nötig haben, sich mit solchen interaktiven Internetspielen zu unterhalten, wirklich dabei zusehen, wie Leute, die an solchen Sachen ihren Spaß haben, auch noch dazu ermuntert werden? Sicher auch nicht. Wobei natürlich, wenn man der Website Glauben schenkt, der so hübsch proportionierte KitKat-Riegel 1936 erfunden wurde, in einem Jahr also, als Rechtspopulismus noch deutlich besser da stand als heute. Trotzdem, so werden wahrscheinlich alle zustimmen, eine Tradition die, wie die meisten anderen Traditionen auch, des Fortführens alles andere als würdig ist.

Um den LeserInnen den Besuch der infamen Internetseite zu ersparen, hier eine kurze Zusammenfassung: Auf der speziell für das nicht mehr ganz neue KitKatChunky kreierten Seite kann man, wie schon in der überaus unver-schämten Fernsehwerbung angedeutet, drei verschiedenen Arten von „Ausländern“ (durchweg männlich) das Maul stopfen, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Der TV-bekannte Inder (dessen Flaggenfarben in einem eher erfolglosen Versuch der Nichtspezifizierung des Herkunftslandes vertauscht wurden) steht neben dem deutschen Erbeind Frankreich, und einem dem echten Preußen, der sich Schlesien immer verbundener gefühlt hat als dem südöstlichsten Freistaat unseres Staates, per Definition unsympathischen Bayern. Schließlich will man ja auch nicht gleich ganz xenophobisch wirken. Leider, wie auch wiederum der Fernseher uns zeigt, funktioniert die „Death by Chocolate“-Methode weniger gut als die altbewährte Schlagring-in-die-Fresse-Manier. Wobei (um dem wie gesagt multinationalen Nestlé-Konzern nicht ganz so platte Deutschümelei zu unterstellen) der Tod der abgebildeten vielleicht weniger selbst theoretisch erwünscht war als vielmehr, sie der Lächerlichkeit anheim fallen zu lassen. Nichtsdestotrotz, auf der gleichen Website wird ein Treffen mit Oliver Kahn verlost, der ja auch nicht für seinen pazifistischen Umgang mit Mitmenschen bekannt ist. Also, um diesen ersten Teil platt und etwas verspätet wahlkampfsloganähnlich zu beenden: Wer Nestlé kauft, wählt auch FDP. Wer jetzt noch nicht bekehrt ist, erniedrige sich bis zur nächsten Ausgabe in den Cafeten...



- Mensa-Plan für die Woche vom 2. bis 8. Oktober -				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 2.10.				
Lammgulasch in einer Provencalsauce, dazu Penne Liscie Nudeln und ein Bohnensalat	Seelachsfilet im Knuspermantel mit Tomatensauce, dazu Pommes frites und ein Salat	Blumenkohl-Käsemedaillon mit einer Käsesauce, dazu Dampfkartoffeln und Möh- renscheiben	Hähnchenschnitzel mit einer Bratensauce, dazu Maccaroni Nudeln und ein Erbsengemüse	(S) Schweinefleischbällchen „Königsberger Firt“ mit Käpern-sauce, Dampfkar- toffeln und Salat-Beilage
DONNERSTAG, 3.10.				
Feiertag	Feiertag	Feiertag	Feiertag	Feiertag
FREITAG, 4.10.				
Calamares im Backteig mit braunem Champignon- Dip, dazu Baguette und ein Salat	(S) Schlemmerhacksteak mit braunem Champignon- Rahmsauce, Dampfkartof- feln und Sommergemüse	Maultaschen mit Gemüse dazu eine Gartensauce, Spätzle und ein Salat	Gebackenes Fischfilet mit einer Remouladensauce, dazu Kartoffelsalat und eine Salat-Beilage	(S) Schweinefleisch-Spieß mit Paprikasauce, dazu Band-nudeln und Rata- touille-Gemüse
MONTAG, 7.10.				
Linseneintopf mit Kartoffeln und frischem Wurzelgemüse, dazu eine Truthahnbrust	(S) Schweineschnitzel paniert mit einer Braten- sauce, dazu Bratkartoffeln und Blumenkohl	Pizza „Magherita“, dazu ein Salat	Geschmorte Gemüsepfanne mit Zucchini, Möhren, Paprika, Chinakohl, Man- gold, Zwiebeln	Frühlingsrolle gefüllt mit Hühnerfleisch, dazu eine Currysauc, Ri- sotto-Reis und Salat
DIENSTAG, 8.10.				
(S) Schweinegeschnetzeltes in einer Currysauc, dazu Reis und ein Fingermöhrengemüse	Hähnchenbrust „Kiev“ mit einer Tomatensauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Salat	Marinierte Tofuschnitte mit Blattspinat und Käse, dazu eine Raggensauce, Vollkornreis und ein Salat	Rindergeschnetzeltes in Champignonsauce, dazu Kartoffel-Rösti und eine Salat-Beilage	(S) Schweinebraten mit Malzbiersauce, dazu Kartoffelnödel, Rotkohlge- müse

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vor-
stand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf),
Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Ulrik Schreckert (usa),
Tanja Tästensen (tas)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum,
Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de